



Bundesministerin für Frauen,  
Familie, Jugend und Integration

[bundeskanzleramt.gv.at](https://www.bundeskanzleramt.gv.at)

**MMag. Dr. Susanne Raab**  
Bundesministerin für Frauen, Familie,  
Jugend und Integration

Herrn  
Mag. Wolfgang Sobotka  
Präsident des Nationalrats  
Parlament  
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.829.410

Wien, am 11. Februar 2021

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Heinisch-Hosek, Kolleginnen und Kollegen haben am 11. Dezember 2020 unter der Nr. **4524/J** eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Arbeitslosigkeit von Frauen in der Covid-19-Krise“ an meine Amtsvorgängerin gerichtet.

Da mit Inkrafttreten der Bundesministeriengesetz Novelle 2021, BGBl. I Nr. 30/2021, im Zusammenhang mit der EntschlieÙung des Bundespräsidenten gemäß Art. 77 Abs. 3 B-VG, BGBl. II Nr. 41/2021 die Angelegenheiten der Familie und Jugend in meinen Zuständigkeitsbereich übergegangen sind, darf ich die meinen Zuständigkeitsbereich betreffende Frage nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt beantworten:

**Zu Frage 8:**

- 8. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um die notwendigen budgetären Aufstockungen für die im Regierungsprogramm angekündigte substanzielle Erhöhung des Zweckzuschusses (für die Kindergartenjahre 2019/2020 bis 2021/2022) wie auch die Mittel für die ebenso angekündigte Ausbildungsoffensive für Elementar-PädagogInnen zu bewirken?*

Der Bund stellt gemäß der Vereinbarung gemäß Art. 15a B-VG zwischen dem Bund und den Ländern über die Elementarpädagogik für die Kindergartenjahre 2018/19 bis 2021/22 pro Jahr 142,5 Mio. Euro zur Verfügung, um den beitragsfreien Pflichtkindergarten abzusichern, die Sprachförderung und den Ausbau des Kinderbildungs- und Kinderbetreuungsangebots weiterhin qualitativ und quantitativ voranzutreiben. Derzeit finden Gespräche über eine daran anschließende Bund-Länder-Vereinbarung statt.

Ein wesentlicher Fokus der 15a-Vereinbarung „Elementarpädagogik“ wird auf die qualitative Weiterqualifizierung der Fachkräfte gelegt. Es sollen möglichst österreichweit einheitliche Standards in der Qualität und Quantität der Betreuungsangebote sichergestellt werden, sowohl hinsichtlich der Qualifikation des Personals, der Instrumente der Sprachstandsfeststellung als auch der österreichweit einheitlichen pädagogischen Grundlagendokumente. Zur Ausbildungsoffensive für Fachkräfte der Elementarpädagogik wird auf die Zuständigkeit des Bundesministers für Bildung, Wissenschaft und Forschung verwiesen.

Hinsichtlich der Beantwortung der restlichen Fragen der parlamentarischen Anfrage Nr. 4524/J vom 11. Dezember 2020 darf ich auf deren Beantwortung durch den Bundesminister für Arbeit verweisen.

MMag. Dr. Susanne Raab

